

Erinnen der frühen Frauenwahlrechtskämpfe? Weibliche Erfahrungen mit politischer Arbeit in Baden-Württemberg

Gabriele Pieri

Die vielfältigen wissenschaftlichen und geschichtspolitischen Beschäftigungen mit der Themenstellung „100 Jahre Frauenwahlrecht in Baden und Württemberg“ in den Jahren 2018 und 2019 haben gezeigt, wie schwer es die ersten (Landes-) Politikerinnen hatten, das errungene passive Frauenstimmrecht in der Weimarer Republik umzusetzen. Während des Nationalsozialismus wieder auf die traditionelle Frauenrolle und rassistisch aufgeladene Mutterschaft verwiesen, hatten es Politikerinnen auch nach der Gründung des Südweststaats 1952 nicht leicht, in der parlamentarischen Politik auf kommunaler und Landesebene Fuß zu fassen. Bis 1992 blieb der Anteil der Parlamentarierinnen im Landtag unter 10 Prozent. Auch in den kommunalen Parlamenten dauerte es bis 1989, bis die Zehn-Prozent-Hürde fiel. Im Jahr 2014 betrug der Frauenanteil in den baden-württembergischen Gemeinderäten im Schnitt 23,9 Prozent¹. In vielen Gemeinden war jedoch der Frauenanteil geringer und der Gemeinderat wurde in diesem Jahr in 22 Kommunen gar „zur frauenfreien Zone“². Bis zur Parität der Geschlechter in den kommunalen Parlamenten scheint der Weg noch weit. Diese Beobachtung gab den Anlass zu einem kleinen Oral-History Projekt im Rahmen der Kampagne „100-Jahre Frauenwahlrecht“³.

1. „Wie wir Politikerinnen wurden“

Befragt werden sollten „Pionierinnen“ – Frauen, die nach 1945 in den Kommunen des heutigen Baden-Württemberg zu den wenigen gehörten, die als Kommunalpolitikerinnen, Gewerkschafterinnen oder Betriebsrätinnen aktiv waren. Auch einbezogen werden sollten Frauen, die in den ab 1971 gegründeten Ausländerbeiräten (später auch Integrationsräte oder -beiräte genannt) mitwirkten.

¹ Inga AUTZEN, Baden-Württemberg hat gewählt, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 8/2014, S. 34–40, hier S. 36 und S. 38.

² Sabine SCHLAGER, Der lange Weg zu 50 %. In Baden-Württemberg läuft es besonders zäh (PDF-Präsentation), <https://frauenwahlrecht-bw.de/texte-links/> (letzter Zugriff: 16.06.2020).

³ Das Projekt wurde vom Verein „Frauen & Geschichte Baden-Württemberg“ durchgeführt und von „Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen“ finanziert; „Engagement Global“ sei auch an dieser Stelle für ihr finanzielles Engagement gedankt.

Ziel des Projekts war es, die Erfahrungen und Sichtweisen früher Landespolitikerinnen sichtbar zu machen und exemplarisch Einblicke in das allmähliche Anwachsen weiblicher Teilhabe an den demokratischen politischen Institutionen des Landes zu gewinnen. Deshalb wurden die befragten Frauen auch auf der Webseite der Kampagne „100 Jahre Frauenwahlrecht“ vorgestellt⁴.

Das Vorhaben stieß angesichts der Vorgaben des Datenschutzes auf beträchtliche Probleme. Bislang ist nur eine fundierte Veröffentlichung zu den weiblichen Landtags- und Bundestagsabgeordneten publiziert. Sie stellt die Politikerinnen in Kurzbiografien vor⁵. Aber für die weiblichen Gemeinde- und Stadträte fehlt eine Veröffentlichung, selbst eine, die auch nur die Namen der Kommunalpolitikerinnen auflisten würde⁶.

Um den Kontakt zu ehemaligen Gemeinde- und Kreisrätinnen herzustellen, mussten daher über das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg alle Gemeinden des Landes angeschrieben werden. Kontakte zu Zeitzeuginnen im gewerkschaftlichen Bereich wurden über die Gewerkschaften auf Landesebene oder über lokale Gewerkschaftsgliederungen hergestellt. Und über den Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) wurde der Versuch unternommen, mit Frauen, die in diesen Gremien tätig gewesen waren, in Verbindung zu treten.

Insgesamt gestaltete es sich schwieriger als angenommen, die Namen ehemaliger Gemeinderätinnen in Erfahrung zu bringen und Kontakt zu diesen aufzunehmen. Nur ein Bruchteil der angeschriebenen baden-württembergischen Gemeinden schickte Auflistungen dieser Politikerinnen oder reichte die Anfrage an noch lebende ältere ehemalige Amtsinhaberinnen weiter. Doch letztlich konnte mit 46 politischen Pionierinnen ein Interview vereinbart werden. Die meisten von ihnen waren in Gemeinderäten aktiv gewesen, einzelne unter ihnen auch in Kreistagen oder im Landtag Baden-Württembergs. Dazu kamen sieben ehemalige Gewerkschafterinnen und Betriebsrätinnen. Drei Frauen hatten in Migrationsbeiräten gearbeitet oder sind noch in diesem Feld aktiv. Und schließlich gelang es auch, mit zwei Frauen Gespräche zu führen, die als Ehrenamtliche in Strukturen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund arbeiten.

Unter den Interviewpartnerinnen waren immerhin auch zwei Bürgermeisterinnen: Beate Weber-Schuerholz (geboren 1943) und Gabriela Büsselmaier (geboren 1956). Beate Weber-Schuerholz war 1990 in Heidelberg zur ersten Ober-

⁴ <https://frauenwahlrecht-bw.de/damals-heute/zeitzeuginnen/> (letzter Zugriff: 16.06.2020).

⁵ Vgl. Ina HOCHREUTHER, *Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute*, Landtag von Baden-Württemberg, 3. akt. und fortgeschriebene Aufl., Stuttgart 2012.

⁶ Auf lokaler Ebene gibt es durchaus Bemühungen, lokal wichtige Politikerinnen in Erinnerung zu bringen. Stellvertretend sei erwähnt: Schwetzinger Frauengeschichten, hg. vom Zonta Club Schwetzingen/Stadt Schwetzingen, Schwetzingen 2013. Diese Publikation widmet unter anderem der ersten Schwetzinger Stadträtin Marie Meisenhölzer (gewählt 1957) einen Aufsatz.

bürgermeisterin in Baden-Württemberg gewählt worden, nachdem sie bereits 15 Jahre im dortigen Gemeinderat gearbeitet hatte. Gabriela Büsse-maker erreichte im Oktober 2003 als erste Frau die Ettlinger Rathaus-spitze.

Die Gesprächspartnerinnen aus den kommunalen und Landesparlamenten beziehungsweise die Bürgermeisterinnen waren während ihrer Amtszeit in den folgenden Parteien organisiert: 15 in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), elf in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), vier Frauen gehören beziehungsweise gehörten der Partei Die GRÜNEN an, zwei der Freien Demokratischen Partei (FDP); und zwei wurden über Unabhängige Wählergemeinschaften in den Gemeinderat gewählt.

Auch die unterschiedlichsten Altersgruppen waren vertreten: Die zum Zeitpunkt unserer Befragung älteste „Ehemalige“ war 98 Jahre alt, die jüngste 53 Jahre. Erstere wurde 1959 in den Gemeinderat gewählt und übte ihr Amt 30 Jahre lang aus. Zwei der Befragten wurden 1968 gewählt, 14 traten ihr Amt Anfang oder Mitte der 1970er an, 13 Frauen in den 1980ern und eine Frau im Jahr 1996. Der Großteil der Frauen war bei Amtsantritt 30 Jahre und älter.

Drei Abweichungen vom typischen Eintrittsalter als Gemeinderätin waren zu beobachten: Eine Interviewpartnerin wurde 1984 mit 19 Jahren als jüngste Frau in Baden-Württemberg in einen Gemeinderat gewählt, eine zweite war 23, als sie 1971 in Heilbronn gewählt wurde und eine weitere Interviewpartnerin kam 1968 als 28-jährige junge Frau in den Gemeinderat der Gemeinde Wannweil – in der damaligen Zeit sicher eine Ausnahme⁷.

Eine Reihe von vorgegebenen Fragen sollte die Interviews strukturieren: Was hat Sie bewogen, sich politisch zu engagieren? Welche Erfahrungen haben Sie als Frau in der Politik gemacht? Was bedeutet für Sie 100 Jahre Frauenwahlrecht? Und: Was meinen Sie, vor welchen politischen Aufgaben junge Frauen heute stehen?

Insgesamt waren die Antworten der Interviewten sehr persönlich geprägt und spiegelten nicht selten die individuellen Einzelkämpfersituationen der politischen Pionierinnen. Dennoch lassen sich eine Reihe von Charakteristika und Mustern herausarbeiten.

2. Was hat politische Pionierinnen in Baden-Württemberg motiviert, politisch aktiv zu werden?

Insgesamt wurden unterschiedliche Motivationen für den Eintritt in die Politik benannt: eine bürgerschaftlich geprägte Haltung etwa, das heißt ein das Gemeinwohl förderndes Engagement zur Erreichung gemeinsamer Ziele, allgemeines

⁷ Nach einer Umfrage unter baden-württembergischen Archiven war das durchschnittliche Alter von Gemeinderätinnen bei Amtsantritt in Baden und Württemberg von 1919–1960 47,3 Jahre; in den Jahren 1952–1960 sogar 47,8 Jahre, <https://www.leo-bw.de/web/guest/themen/landesgeschichtliche-quellen-und-materialien/frauenwahlrecht> (letzter Zugriff: 16.06.2020).

Interesse an Politik oder auch die Haltung, nicht nur „meckern“, sondern sich selbst um Veränderung bemühen zu wollen. Viele der Interviewten holten weit aus, um den Hintergrund ihres politischen Engagements zu erläutern. Dabei wurden häufig bestimmte prägende Elemente genannt: das Elternhaus, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die politische Aufbruchsstimmung der 1960er und 1970er Jahre, schließlich auch die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre.

3. Die Bedeutung des sozialen und politischen Herkunftsmilieus

Insbesondere bei Sozialdemokratinnen wurde die Grundlage für das Interesse an Politik im Elternhaus gelegt: „Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich mich entschlossen hätte, mich politisch zu engagieren, es war vielmehr so, dass in meiner Familie Politik und die Diskussion darüber immer schon eine große Rolle gespielt hat: Mein Vater war bis 1933 Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung, nach Verhaftung, KZ, Krieg und Gefangenschaft war er ab 1946 wieder in der SPD aktiv. Besuche von politischen Veranstaltungen und Mithilfe bei Wahlkämpfen (z. B. durch Verteilen von Wahlwerbung) waren für mich schon als junges Mädchen selbstverständlich.“ (IP1⁸, Sozialdemokratin, geboren 1938).

Auch gewerkschaftlich und in Betriebsräten aktive Frauen benannten das Elternhaus als wesentlichen Ort politischer Sozialisation. „Unsere Familie war sehr gewerkschaftlich orientiert“, so eine ehemalige, 1944 geborene Betriebsrätin. „Mein Opa hat uns immer am 1. Mai abgeholt im schwarzen Anzug, Hemd und Krawatte und dem Gewerkschaftsabzeichen der IG Metall. Nach der Kundgebung gingen wir immer in den Schwarzen Adler zum Essen“ (IP2, geboren 1944). Als Jugendliche war die Enkelin des Gewerkschafters in der evangelischen Jugendarbeit aktiv. Später engagierte sie sich in der betrieblichen Interessenvertretung und der Gewerkschaft.

Als junge Frauen, sozialisiert im sozialdemokratischen Milieu, wuchsen die politischen Pionierinnen offenbar bruchlos in das eigene politische Engagement hinein. Oft wurden die Väter als die politisch Aktiven und als Prägende benannt, nicht die Mütter. Deshalb fällt auf, dass eine 1940 geborene CDU-Politikerin Mutter und Großmutter als Rollenvorbild nennt. „Vielleicht lag es in den Genen und dem christlichen Handeln, das uns von meiner Großmutter und meiner Mutter vorgelebt wurde. [...] Meine Großmutter (geb. 1880) und meine Mutter (geb. 1911) mussten immer selbständig entscheiden und sich für die Familie einsetzen, auch bei der Flucht. Und deshalb war für uns das ‚Wahlrecht für Frauen‘ immer etwas Selbstverständliches, nicht so die mangelnde Gleichberechtigung.“ (IP3, geboren 1911)

⁸ Aus Datenschutzgründen werden hier die Namen der Interviewpartnerinnen (IP) anonymisiert.

4. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

Für mehrere Frauen war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die Frage nach der Haltung der eigenen Familie wichtiges Moment des Politisierungsprozesses. Eine Gesprächspartnerin (IP4, geboren 1939) und Mitglied der SPD schilderte: „Als kleines Kind habe ich die Auswirkungen des Krieges erlebt und erfahren, ohne zu begreifen, was wirklich geschah. In meiner Jugend habe ich von den Erwachsenen wenig Antworten zu den Fragen nach der Vergangenheit bekommen. Von den Männern abwiegelnd: ‚Da könnt ihr nicht mitreden‘, von den Frauen: ‚Wir haben nichts gewusst.‘ Wir Jugendlichen in den 1950er Jahren hörten aufmerksam zu, aber wir agierten (noch) nicht. Mir wurde aber klar: Man kann sich nicht ‚raushalten‘, eine Demokratie ohne Demokraten und Engagement funktioniert nicht.“

Eine Betriebsrätin, ebenfalls SPD-Mitglied, nannte das Fortwirken der NS-Vergangenheit in der Gesellschaft der Bundesrepublik als wesentlich für die eigene Politisierung: „Als Gymnasiastin in den 1950er Jahren politisierten mich vor allem der Wiederaufstieg der alten Nazi-Eliten und die Wiederbewaffnung, später die Notstandsgesetze.“ (IP5, geboren 1935)

5. Die gesellschaftliche Aufbruchsstimmung nach 1968

Für viele der Befragten war die 68er-Bewegung und die damit verbundene gesellschaftliche Aufbruchsstimmung Moment der Politisierung beziehungsweise der Ausgangspunkt für das eigene Engagement.

Ausschlaggebend war „[d]ie Chance, mehr Demokratie zu wagen oder zumindest bei diesem Wagnis helfen zu können und dabei zu sein“, so eine Interviewpartnerin, die 1972 mit 44 Jahren ihre zweite Berufsausbildung abschloss und in die SPD eintrat (IP6, geboren 1928). Nicht selten steht die Chiffre „1968“ für den Beginn der aktiven Politikarbit. „Ich war schon früh interessiert an Politik. Das hat zuallererst zu tun mit der Nazivergangenheit Deutschlands, die mich sehr beschäftigt hat. Aktiv wurde ich dann aber erst mit der Studentenbewegung 1967/68, parteipolitisch aktiv später bei den GRÜNEN, denen ich 1982 beitrug.“ (IP7, geboren 1945)

Zur Chiffre „1968“ gesellten sich öfters auch Erfahrungen mit der neuen Frauenbewegung, doch dazu später.

6. Was war entscheidend für eine Kandidatur zum Gemeinderat?

Die Wege in die Politik scheinen generationsspezifisch durchaus unterschiedlich gewesen zu sein. Sie spiegeln die gesellschaftlichen Entwicklungen und den jeweils erreichten Stand der Gleichberechtigung zwischen Ende der 1950er und der 1980er

Jahre. Während es scheint, als ob die Politikerinnen der späten 1950er bis hinein in die 1970er Jahre fast zu einer Kandidatur gedrängt werden mussten, bahnt sich parallel ab den 1970ern eine Entwicklung an, in der – damals vorwiegend jüngere – Frauen sich verstärkt für eigene Interessen auch in den politischen Gremien engagieren.

7. „Ich wurde gefragt.“

Offenbar war der Weg vom politischen Interesse zur Kandidatur in einem politischen Gremium für die befragten Politikerinnen nicht selbstverständlich. Gerade die Älteren unter den Befragten wiesen nicht selten darauf hin, dass es sie keineswegs zu einer Kandidatur gedrängt hatte. Aussagen wie „Ich wurde gefragt“ oder „Man trat an mich heran“ finden sich häufig. Ohne weitere Forschung lässt sich nicht entscheiden, ob es sich um „frauentypische“ Bescheidenheit handelt, die dieser Eigeninterpretation des politischen Werdegangs zugrunde liegt. Man kann aber sicher annehmen, dass eine Kandidatur ohne die Befürwortung oder Förderung durch die männlich dominierten Partei- und kommunalpolitischen Gremien kaum möglich gewesen wäre.

Es fällt auf, dass die zukünftigen Politikerinnen, egal ob in der CDU oder der SPD organisiert, durch gesellschaftliches Engagement außerhalb der politischen Gremien, sei es im Bereich kirchlichen Engagements, traditioneller ehrenamtlicher sozialer Arbeit oder durch Arbeit im Elternbeirat auf sich aufmerksam gemacht hatten. „Als unsere alte Stadträtin starb, haben mich alle gedrängt, weil ich hier im Kirchenchor war und im Pfarrgemeinderat. Es hieß: Frau H. ist die Richtige, die kommt an. So habe ich mich halt aufstellen lassen“, so eine Kommunalpolitikerin, die Ende der 1950er Jahre für die CDU in den Gemeinderat gewählt wurde. (IP13, geboren 1920)

Eine Interviewpartnerin, die 1968 als erste Frau in den Rat ihrer Gemeinde einzog, schilderte: „Ich hatte einerseits begonnen, mir Gedanken über Altenarbeit zu machen, nachdem ich gesehen hatte, dass sich die Strukturen im Dorf veränderten und viele Ältere ‚heimatlos‘ geworden waren, keine Orte mehr hatten. Und ich habe mich auch sehr um Gastarbeiterkinder und deren Familien gekümmert. Ein Arzt und ein alter Schulrektor am Ort haben mich dann auf eine Kandidatur angesprochen, weil sie meinten, ich sei prädestiniert für die Arbeit im Gemeinderat. Ursprünglich war Mehrheitswahl vorgesehen. Nachdem aber eine zweite Liste eingereicht wurde, musste ich, wollte ich gewählt werden, auch eine Liste einreichen, was ich dann auch in buchstäblich allerletzter Minute geschafft habe. Meine Liste erreichte die höchste Stimmenzahl.“ (IP16, geboren 1928)

Auch in diesen Erinnerungen findet sich das Muster, dass eine Frau durch ihr soziales Engagement bekannt wird; doch der Wille zu kämpfen, um auch ein Mandat zu erhalten, wurde so explizit von keiner anderen der befragten Frauen formuliert.

8. Eigene Ziele durchsetzen

Es ist zu beobachten, dass Frauen, die ab den 1970er Jahren politisch aktiv wurden, ihr Engagement als eigenständiges zivilgesellschaftliches Engagement begriffen, das dann in eine Kandidatur für den Gemeinderat münden konnte – gelegentlich durchaus in Opposition zu vorhandenen politischen Strukturen beziehungsweise Mehrheitsverhältnissen.

„Kandidiert habe ich, weil ich das Gefühl hatte, dass in einigen mir wichtigen Dingen die Gemeinderäte entgegen den Wünschen der Bevölkerung entschieden. Ein Beispiel: Ich lebte in einem neuen Stadtteil, in dem es drei Gemeinderäte von der CDU gab. Ich war Elternvertreterin und wir hätten damals die Chance gehabt, unsere Grund- und Hauptschule zu einer Ganztagschule zu machen. Die Mehrheit der CDU hat das im Gemeinderat abgelehnt. Ich war sehr zornig, denn bei uns im Stadtteil lebten sehr viele Familien mit kleinem Einkommen, wo die Frauen zusätzlich putzen gingen und die Kinder schon morgens um 7 Uhr auf dem Schulhof standen. Deshalb wäre eine Ganztagschule ideal gewesen. Inzwischen ist die Schule Gesamtschule geworden, meine eigenen Kinder waren da aber nicht mehr betroffen.“ (IP8, geboren 1941, 1980 als Unabhängige Kandidatin auf einer SPD-Liste gewählt)

Die neuen politischen Bewegungen – Bürger*inneninitiativen gegen die Atomkraft und die Friedensbewegung – führten jenseits des Gleichberechtigungsthemas zu Politisierung und Engagement in der 1980 gegründeten Partei Die GRÜNEN und förderten die Bereitschaft, sich zur Wahl zu stellen, auch wenn mit dieser Entscheidung nicht unbedingt die Absicht verbunden war, tatsächlich ein Mandat zu erreichen: „Politisch interessiert war ich schon immer. Das fing in meiner Schulzeit an [...]. 1975 habe ich die Demos in Wyhl miterlebt, dann aber während des Studiums und während der ersten Jahre meines Arbeitslebens nicht mehr aktiv Politik gemacht. 1983 bei der Menschenkette von Stuttgart nach Ulm war ich beteiligt und dadurch auch in zwei Bürgerinitiativen aktiv. Einmal im Arbeitskreis Frieden und zum anderen in der Bürgerinitiative Umweltschutz Offenburg, bei der ich immer noch Mitglied bin. 1984 standen Kommunalwahlen an, es gab eine gemeinsame Liste BI Umweltschutz/GRÜNE, ich stellte mich zur Wahl, eigentlich nicht mit der Absicht, ein Ratsmandat zu bekommen, das hatte ich dann aber doch.“ (IP9, geboren 1952)

9. Die neue Frauenbewegung als Impulsgeber für eine eigene Kandidatur

Vor dem Hintergrund der neuen Frauenbewegung der 1970er Jahre entwickelte sich für einige Frauen auch eine explizit frauenpolitische Agenda: „In der Kommunalpolitik (wie in der ‚großen‘ Politik) bestimmten Anfang der siebziger Jahre in den Parteien, Verwaltungen und Gemeinderäten fast ausschließlich Männer. Die Lebens- und Berufserfahrungen von Frauen – vor allem jüngeren

Frauen – waren nicht oder zu wenig vertreten, meiner Meinung nach musste sich das unbedingt ändern, um bessere Entscheidungen für die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Deshalb fing ich 1970 an, mich politisch in der SPD zu engagieren und kandidierte dann 1975 erstmals für den Gemeinderat in Heidelberg, denn die Lösung ganz konkreter Probleme fand ich am interessantesten“, so die spätere Heidelberger Oberbürgermeisterin. (IP18, geboren 1943)

Sehr pointiert führte auch eine ehemalige FDP-Stadträtin und Bundestagsabgeordnete aus: „Von der Frauenbewegung der 1970er Jahre beeinflusst und dem Slogan folgend ‚Das Private ist politisch‘, trat ich 1977 – nach unserem Umzug von Berlin nach Karlsruhe – in die FDP ein. Schon in Berlin nahm ich häufig als Parteilose an Sitzungen des FDP-Arbeitskreises Emanzipation teil.“ (IP10, geboren 1944)

Und eine weitere SPD-Gemeinderätin, gewählt 1971, erklärte: „Kandidiert habe ich, weil ich fand, dass zu wenige Frauen im Gemeinderat sind – wir sind ja die Hälfte der Menschheit und müssen doch auch unsere Sicht einbringen!“ (IP15, geboren 1928)

Insbesondere die Jüngeren unter den Befragten benannten die Erfahrung mit Defiziten in der Gleichberechtigung und/oder die Auseinandersetzung mit Sexismus als ausschlaggebend für eine Kandidatur oder zivilgesellschaftliches politisches Engagement: „Mich hat die Abholzung alter Alleebäume zwecks Verbreiterung von Straßen ebenso gestört wie die gezielte Beschämung von jungen Studentinnen durch alte Professoren. Und der Satz meiner Mutter: ‚Dagegen kannst du nichts machen‘ war für mich Ansporn, das Gegenteil zu beweisen.“ (IP11, geboren 1956, GRÜNEN-Politikerin)

„Schon als Kind hatte ich bemerkt, dass Jungen Mädchen vorgezogen wurden und man uns bestimmte Geschlechterrollen aufzwang. Das verstand ich damals noch nicht, habe aber trotzdem gegen diese Zuschreibungen angekämpft und versucht zu zeigen, dass Mädchen bzw. Frauen genauso wertvoll sind wie Männer.“ (IP12, geboren 1962, Bürgermentorin)

Dass mehrere Aspekte der Diskriminierung zusammenfallen können und bekämpft werden müssen, betonte eine politische Aktivistin mit Migrationshintergrund: „Politisch engagiert war ich schon immer. Warum passiert was, wann, wo, wer etc. Als Frau mit Migrationsgeschichte habe ich relativ schnell Defizite entdeckt. Defizite, als Frau sichtbar zu werden und Defizite, als Mensch mit Migrationsgeschichte sichtbar zu werden.“ (IP14, geboren 1976)

10. Frauen im Gemeinderat = zuständig für Soziales?

Unabhängig davon, in welchem Jahrzehnt sie in die politischen Gremien eintraten, sahen sich viele Gemeinderätinnen mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Zu nennen ist zum einen die nur schwer aufzubrechende Tradition, weibliches politisches Engagement – wie seit dem 19. Jahrhundert üblich – mit Engagement für Soziales gleichzusetzen; dies führte dazu, dass sich Frauen in der Regel beispiels-

weise in Sozialausschüssen wiederfanden. Zum anderen war es ungewöhnlich, dass sich Frauen auf andere Gebiete vorwagten: „Neben mir gab es noch zwei Gemeinderätinnen, aber die waren viel älter als ich. Die waren in den sozialen Ausschüssen und ich kam in lauter Männer-Ausschüsse. Ich war überall die einzige Frau! Ich war die erste Frau im Bauausschuss, ich war die erste Frau im Werkausschuss, ich war die erste Frau im Schlachthof-Ausschuss, im Friedhofs-Ausschuss – da waren überall keine Frauen!“ So eine 1959 in den Gemeinderat gewählte Gesprächspartnerin (IP13, geboren 1920).

Auch noch mehr als zehn Jahre später musste sich eine Interviewpartnerin dagegen wehren, auf den Sozialausschuss festgelegt zu werden: „Ich [...] war aber oft genervt. Ich wollte zum Beispiel unbedingt in den Planungsausschuss und nicht in den Sozialausschuss, wo mich meine Kollegen gerne haben wollten. Der Grund war, dass mein Hauptanliegen die Einrichtung von Kinderspielplätzen war und der Planungsausschuss das entscheidende Gremium war, um solche Dinge durchzusetzen.“ (IP15, geboren 1928)

Dazu trat die Erfahrung struktureller Benachteiligung – als Frau und als Minderheit in den Gremien –, wenn es darum ging, sich Gehör zu verschaffen.

11. Erfahrungen in männlichen Strukturen

Der Gemeinderat als kommunales politisches Mitbestimmungs- beziehungsweise Entscheidungsorgan, schon im 19. Jahrhundert geschaffen und bis in die Weimarer Republik rein männlich besetzt, weist in vielfältiger Weise Charakteristika auf, die an männlicher Lebensweise orientiert sind. Die Arbeitsweisen der politischen Gremien basieren auf einem Geschlechterbild, in dem Männer frei von Pflege-, Haushalts- und Kinderbetreuungspflichten über ihre Zeit verfügen können. Zu nennen sind hier etwa die Sitzungszeiten, die beispielweise auf Kindergartenöffnungszeiten keine Rücksicht nehmen, oder das Fehlen von finanziellen Regelungen, wenn etwa bezahlte Kinderbetreuung notwendig wird. Auch sind die langen Tagungszeiten mit weiblicher Arbeitsbelastung schwerer vereinbar als mit männlicher Lebensweise. So zeigt eine Untersuchung über die Verteilung von Haus- und Fürsorgearbeit, dass im Durchschnitt aller Personen im Erwerbsalter Frauen noch heute bis zu 2,4-mal so viel an Zeit für tägliche Fürsorgearbeit aufwenden wie Männer und 1,6-mal so viel der Zeit für die tägliche Haushaltsführung⁹. Die Auswirkungen dieser ungleichen Arbeitsteilung in Bezug auf die Möglichkeiten der Arbeit in kommunalen Gremien kommen in den Erfahrungen der befragten Gemeinderätinnen ebenso zum Ausdruck wie die Tatsache, dass auch die Sprache dieses männlich dominierten Gremiums Frauen oft nicht zur Kenntnis nimmt.

⁹ WSI-Report Nr. 35, April 2017: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_35_2017.pdf (letzter Zugriff: 19.06.2020)

Zum Aspekt der Sprache berichtete eine Interviewpartnerin: „[...] in der vorgedruckten Urkunde des Landkreises für 30-jährige Mitgliedschaft im Kreistag war zu lesen: ‚Wir danken Frau [Name] für seine langjährige Tätigkeit [...]‘ – die weibliche Form kam in der vorgedruckten Urkunde noch nicht vor.“ (IP26, geboren 1938) Dies gab Anlass, sich zu wehren und gemeinsam mit anderen Frauen für Änderungen zu sorgen: „Ganz am Anfang meiner Zeit als Gemeinderätin haben wir Frauen gleich für eine Änderung gesorgt. Wir haben unsere Post immer als ‚Frau Stadtrat‘ bekommen. Ich habe mich gemeldet und habe gesagt, dass ich in Zukunft meine Post als ‚Frau Stadträtin‘ bekommen möchte – daraufhin musste die Gemeindefassung geändert werden.“ (IP8, geboren 1941, 1980 gewählt.)

Die Abwehr eines männerdominierten Gremiums Frauen gegenüber und die Strukturen, die insbesondere der Mitarbeit von Frauen mit Kindern entgegenstehen, schilderte eine Befragte folgendermaßen: „Gemerkt habe ich sofort: In der Männergesellschaft war ich nicht willkommen. Ich bekam das bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu spüren. Man kann sagen, ich hatte einen schweren Stand. Davon gäbe es in der Tat viel zu erzählen, aber ich möchte hier darauf verzichten. Ich habe mich eingearbeitet, und das war schon rein zeitlich nicht einfach, weil meine Kinder, damals 8 und 10 Jahre alt, noch nicht so selbstständig gewesen sind. Termine in Ausschüssen haben oft schon am frühen Abend begonnen, es gab häusliche Engpässe. Die Arbeit in der Schule durfte nicht zu kurz kommen. Es war viel zu tun, wäre jedoch leichter gewesen, wenn es Anerkennung und Wertschätzung in den Gremien gegeben hätte. Nach fast zwei Jahren erkrankte mein Sohn schwer, er musste mehr als sechs Monate im Krankenhaus verbringen. Ich war überlastet, fühlte mich aber unbedingt verpflichtet, die Amtsperiode zu Ende zu bringen. Im letzten Jahr meiner Tätigkeit wurde meine Mutter hilflos und brauchte meine Hilfe. Damit waren die Würfel gefallen: Nach fünf Jahren schied ich aus den Gremien aus. Danach war ich nie mehr in politischen Ämtern, aber in vielen Bereichen ehrenamtlich tätig.“ (IP4, geboren 1939, gewählt 1975)

Das eigene Selbstverständnis als politisch aktive Frau konnte zunächst zu Nichtwahrnehmung frauenfeindlicher Strukturen führen, wie eine Gesprächspartnerin anmerkte. Die zunehmende Zahl jüngerer Frauen ab den 1970ern machte diese jedoch sichtbar und forderte Veränderung: „Weil politisches Engagement als Frau für mich selbstverständlich war, hat es ein wenig gedauert, bis mir Hindernisse oder mangelndes Verständnis für die Situation politisch engagierter Frauen in meinem Umfeld aufgefallen sind: Frauen mit kleinen Kindern waren im Gemeinderat eigentlich nicht ‚vorgesehen‘, sie mussten für Babysitter sorgen und sie bezahlen (zuerst von den geringen Beträgen des Sitzungsgelds). Der Bitte, man möge doch die Sitzungstermine auf den Abend verlegen (Sitzungsbeginn war immer 16 Uhr) wurde mit Unverständnis begegnet. Allerdings war es auch neu, dass junge Frauen im Gremium waren, die schon vorher im Gemeinderat tätigen Frauen waren älter und hatten die Familienphase hinter sich bzw. waren kinderlos. Kindergärten mit den damaligen Öffnungszeiten waren auch nicht hilfreich, weil sie gerade dann nicht mehr geöffnet waren, wenn die Sitzungen begannen, u. a. auch deshalb habe

ich mich engagiert für den Ausbau und Veränderungen beim Angebot im Kita-Bereich.“ (IP1, geboren 1938, ab 1973 im Gemeinderat)

12. Einzelkämpferinnen im Gemeinderat

Wie gingen die Befragten damit um, dass sie sich Anerkennung und Respekt erst erkämpfen mussten? Welche individuellen Strategien entwickelten sie?

Da gab es zum einen die Strategie, sich mit weiblicher List und weiblichem Charme durchzusetzen: „Und ich musste mir überall meinen Stand erobern, bei den Männern! Die haben einen nicht akzeptiert, Frau und so weiter [...] Aber ich habe das so geschickt gemacht, ich war ja verheiratet, und ich habe schon gewusst, wie man so umgehen muss mit den Männern; ich hab‘ die Männer immer reden lassen, und wenn wir dann so im Gespräch waren, habe ich dann gesagt, ‚Jetzt hascht halt Blödsinn geredet, das ist doch gar nicht so!‘ – ‚Ja warum, ja wieso?‘ Und schon habe ich ihn rumgekriegt gehabt! So habe ich ihnen meine Meinung kundgetan!“ (IP13, geboren 1920, Mitglied der CDU, in den Gemeinderat gewählt 1959)

Die Entwicklung einer gewissen Härte zusammen mit dem Willen, sich und die eigenen Ziele auch durchzusetzen, wurden als andere Strategie zur Behauptung in einem männerdominierten Gremium geschildert: „In der ersten Zeit habe ich Geringschätzung erfahren, doch dann kamen Respekt und Wertschätzung. Man durfte sich nicht kleinkriegen lassen, musste halt auch ein bestimmtes Selbstbewusstsein haben. Aber das kann ich ja auch nur haben, wenn ich auch weiß, das und das will ich. Ich war hartnäckig und hatte den Willen, etwas durchzusetzen.“ (IP16, geboren 1928, in den Gemeinderat gewählt auf einer eigenen unabhängigen Liste 1968, später einige Jahre CDU-Mitglied)

13. Von Männern gefördert oder Konkurrentin?

Es schien für Frauen leichter zu sein, Akzeptanz oder Förderung zu erfahren, wenn sie nicht als Konkurrentinnen um Ämter auftraten. Eine sowohl im Betriebsrat als auch in einer Partei aktive Befragte führte dazu aus: „Meinem ehrenamtlichen Engagement in Partei und Gewerkschaft wurden keine Steine in den Weg gelegt. Im Gegenteil: Es waren oft gerade Männer, die den Anstoß dazu gaben. Anders wäre es sicher gewesen, wenn ich eine bezahlte/hauptamtliche Position bzw. ein Mandat auf Landes- oder Bundesebene angestrebt hätte. Als Unterstützerin von zunächst einer Bundestags- und später auch einer Landtagskandidatin habe ich erlebt, wie Männerseilschaften mit üblen Methoden versuchten, deren Wahl zu verhindern. Ich selbst habe nie ein solches Mandat angestrebt, weil mich die Aufgabe als Betriebsrätin voll erfüllte und ich nah bei den Menschen war. Männliche Konkurrenz machte mir kaum zu schaffen, wohl weil die Position eines

freigestellten Betriebsrats für beruflich ambitionierte Männer wenig attraktiv ist.“ (IP5, geboren 1935)

Doch auch das eigene Alter und die Zahl der im Gemeinderat vertretenen Frauen spielten eine Rolle bei der Frage, ob Frauen dort akzeptiert wurden: „In der Partei sah ich mich als Frau gleichberechtigt, sofern es keine ‚Konkurrenz‘ zu männlichen ‚Mitbewerbern‘ gab. Als junge Frau, die mit 23 Jahren 1971 in den Gemeinderat der Stadt Heilbronn gewählt wurde, war es für mich nicht einfach, mir politisches Gehör zu verschaffen. Die Altersspanne war erheblich und Frauen mangelhaft im Gremium vertreten.“ (IP19, geboren 1948)

14. Stärke und Durchsetzungsvermögen durch weibliche Solidarität

Eine größere Zahl von Frauen im Gemeinderat erhöhte die Durchsetzungsfähigkeit, vor allem, wenn es gelang, parteiübergreifend zusammenzuarbeiten. Das war insbesondere bei frauenpolitischen Themen und Anliegen der Fall. Mehrere Gemeinderätinnen betonten, wie wertvoll die Erfahrung überparteilicher weiblicher Solidarität war: „Im Gemeinderat dagegen waren meine Erfahrungen durchwegs positiv. Ich war von 1984 bis 1989 im Offenburger Gemeinderat. Diese Zeit war für mich allgemein in hohem Maße ‚frauenbewegt‘. Frauen aller Fraktionen haben parteiübergreifend zusammengearbeitet und manches erreicht.“ (IP7, geboren 1945)

Nicht nur bei den GRÜNEN organisierte Frauen, auch Politikerinnen von FDP, CDU und SPD betonten die Bedeutung und den Erfolg parteiübergreifender Zusammenarbeit von Frauen, gerade auch bei frauenpolitischen Themen. Ausführlich schilderte eine ehemalige Karlsruher Gemeinderätin: „In den Sitzungen des Orts- und Kreisverbands der FDP merkte ich, dass meine Redebeiträge Gehör fanden, ich zur Gremienmitarbeit und Mitarbeit am Kommunalwahlprogramm 1979 ermuntert und unterstützt wurde. So z. B. in meiner Forderung eines Autonomen Frauenhauses für Karlsruhe. Mit zwei weiteren Frauen erarbeitete ich die konzeptionelle Grundlage, die von der Karlsruher FDP-Gemeinderatsfraktion übernommen, mit der Konzeption der SPD zusammengebracht, dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt und mit knapper Mehrheit 1981 beschlossen wurde. Dadurch und Jahre später als Mitglied des Karlsruher Gemeinderates von 1989 bis 2014 erlebte ich, dass erfolgreiche Politik sich Mehrheiten suchen muss und die Fähigkeit zu überparteilicher Zusammenarbeit mit Frauen verlässlich und sachorientiert war.“ (IP10, geboren 1944)

Mehrere Politikerinnen betonten, dass es ihnen wichtig war, nicht den männlich dominierten Politikstil anzunehmen. Doch ein anderer weiblicher Politikstil, das heißt in obigem Beispiel fraktionsübergreifende und auch innerparteiliche Zusammenarbeit von Frauen, dürfe nicht mit Harmoniesucht oder der Negation politischer Differenzen verwechselt werden, so eine ehemalige Landespolitikerin der GRÜNEN: „Ich habe Verunsicherung bei älteren Abgeordneten anderer Fraktionen, Irritation bei erfahrenen Kollegen der eigenen Fraktion wegen anderen

Stils er- und durchlebt wie auch Versuche von Kolleginnen, mit der Forderung nach ‚Frauensolidarität‘ politische Differenzen zuzuschütten. Konfliktfähigkeit hat sich ausgezahlt. Vor allem im Bundestag gab es gute weibliche Seilschaften und viel fraktionsübergreifendes Verständnis – nicht zu verwechseln mit Harmonie.“ (IP11, geboren 1956)

Von der positiven Erfahrung weiblicher (überparteilicher) Zusammenarbeit, der Erkenntnis, dass es einer Mindestmenge an Frauen bedarf, um sichtbar und wirksam zu werden, hin zur Forderung nach Quotierung oder Parität war und ist der Weg nicht weit. „In vielen Gremien war ich am Anfang die einzige oder eine von wenigen Frauen, später wurden wir langsam etwas mehr. Um Entscheidungen jedoch beeinflussen zu können, bedarf es einer Mindestmenge von Frauen in Gremien. Erst als sich über viele Jahre zu wenig verbesserte, begann ich deshalb eine rechtlich vorgeschriebene Quotierung für dringend notwendig zu halten, wie es sie in vielen Ländern (vor allem Skandinavien) längst erfolgreich gab.“ (IP18, geboren 1943, SPD-Gemeinderätin, im Amt 1975 bis 1990)

15. Parteien, Gemeinderäte, Gewerkschaften – ähnliche Erfahrungen in unterschiedlichen Handlungsfeldern?

Obwohl fast die Hälfte der Erwerbstätigen Frauen sind, stellen Frauen in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) nur etwa ein Drittel der Mitglieder, auch wenn ihr Anteil an den DGB-Mitgliedern seit 1950 stark gewachsen ist: von 16 Prozent auf 33 Prozent im Jahr 2017¹⁰. Dabei ist der Frauenanteil in den Einzelgewerkschaften sehr unterschiedlich und ein Spiegel der Beschäftigtenstruktur der Branchen, die die jeweiligen Gewerkschaften organisieren: So hat die IG Metall nur einen Frauenanteil von 18 Prozent, bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stellen Frauen mehr als 50 Prozent der Mitglieder und bei der im Bildungs- und Erziehungsbereich organisierenden GEW sind fast 72 Prozent der Mitglieder weiblich¹¹.

Betrachtet man die Gewerkschaften und Betriebsräte, so stehen auch hier – ähnlich wie in den Gemeinderäten – strukturelle Hindernisse einem stärkeren Engagement von Frauen entgegen. Zu nennen sind nicht nur männliche Dominanz und Verhaltensweisen in Betriebsräten und gewerkschaftlichen Gremien, sondern auch die ungleiche gesellschaftliche Arbeitsteilung in Bezug auf Reproduktionsarbeit, die die Teilnahme von Frauen erschweren. Dazu kommen oft noch prekäre (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse von Frauen¹².

¹⁰ Wolfgang SCHROEDER, Defizit mit Folgen. Den deutschen Gewerkschaften fehlen Frauen, in: WZB-Mitteilungen 161 (2018), S. 45–47, hier S. 45.

¹¹ Ebd.; WSI GenderDatenPortal: <https://www.wsi.de/de/mitbestimmung-14620-frauenanteil-in-den-dgb-gewerkschaften-14770.htm> (letzter Zugriff: 19.06.2020).

¹² SCHROEDER (wie Anm. 8) S. 46.

Bei der in ver.di aufgegangenen Gewerkschaft HBV (Handel, Banken, Versicherungen) stellten Frauen die Mehrheit der Mitglieder, insbesondere im Einzelhandel. So berichtete eine aus dieser Branche kommende ehemalige Betriebsrätin über ihre Erfahrungen im Amt: „Ich persönlich habe keine schlechten Erfahrungen gemacht. Das kam vielleicht daher, weil in einem Kaufhaus überwiegend Frauen arbeiten und ich auch immer die Wertschätzung der Kolleginnen, auch der gewerblichen, hatte. Ich habe keine Diskriminierung als Frau erlebt. Auch die Vorgesetzten haben mich akzeptiert.“ (IP2, geboren 1944)

Anzumerken ist jedoch, dass auch im Handel im Jahr 2015 nur 43,1 Prozent der Betriebsratsmitglieder weiblich waren und Frauen nur 32,3 Prozent der Betriebsratsvorsitzenden stellten¹³. Insofern war eine von uns befragte ehemalige Betriebsratsvorsitzende aus dem Großhandel, die diese Position von 1978 bis 2000 einnahm, sicher eine Ausnahme (IP24, geboren 1945): „Ich war damals [Ende der 1950er] die einzige in der Gewerkschaft. Ich war zwar schüchtern, aber trotzdem war ich es, die zum Chef gerannt ist, wenn was war und sagte: ‚Herr Lutz, so geht es nicht.‘ Ich habe nach und nach Mitglieder für die Gewerkschaft geworben, es hat allerdings 20 Jahre gedauert, bis wir 1978 einen Betriebsrat wählen konnten. Meine Kollegen wollten, dass ich den Vorsitz übernehme, weil sie sagten, ich könne das, sie nicht.“ Sie wurde offenbar in diese Position gewählt, weil sie Angestellte war, ihr deshalb Erfahrung im Umgang mit Schriftlichem zugeschrieben wurde (was wohl vielen Männern in ihrer Firma nicht lag) und dazuhin noch über viele Jahre die gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb aufgebaut und darüber Bekanntheit und Ansehen gewonnen hatte.

Bei weiblichen Betriebsrätinnen der IG Metall mit zumeist männerdominierten Belegschaften, sind Frauen oft die Repräsentantinnen von Frauenabteilungen (mit häufig geringer qualifizierter und entlohnter Arbeit) oder sie stammen aus Angestelltenbereichen, in denen der Frauenanteil um einiges höher ist als in der Produktion. Und vielleicht mehr noch als in den Gemeinderäten mussten die Betriebsrätinnen für die Berücksichtigung frauenspezifischer Belange kämpfen: „Wir Frauen waren im Betrieb eine Minderheit und ich fühlte mich deshalb besonders den Kolleginnen verpflichtet. Wir bekamen zwar den gleichen Lohn, aber nicht den Zugang zu höherwertigen Tätigkeiten. Wichtig war uns der Kampf für das Rückkehrrecht auf Vollzeit nach der Familienpause und anschließender befristeter Teilzeit. Auch haben wir uns mit Erfolg für einen Betriebskindergarten eingesetzt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Als Frauen war uns wichtig, unsere spezifischen Probleme und Themen zu benennen, sie durch kollektive und phantasievolle Aktionen und Ideen zu lösen, u.a. in der Kabarettgruppe ‚Rote Disteln‘, in der ich Mitglied war.“ (IP22, geboren 1947)

In der IG Metall als politische Sekretärin angestellte oder als gewerkschaftliche Funktionsträgerinnen aktive Frauen waren lange Zeit in der Minderheit und wurden in der Organisation als eine zu vernachlässigende Größe angesehen, die

¹³ WSI GenderDatenPortal (wie Anm. 11).

um Anerkennung und Sichtbarkeit kämpfen musste: „Uns Frauen wurde nichts geschenkt, wir hatten keinerlei Netzwerke, jede hat für sich alleine kämpfen müssen, oft auch gegen den Widerstand von Männern. Ab 1982 kamen dann doch immer mehr dazu. Wir trafen uns auf bezirklicher Ebene, um unsere Probleme zu diskutieren. Unsere bezirklichen Frauentreffen wurden teilweise toleriert, aber auch blockiert. Gar manche Gewerkschaftssekretärin durfte nicht teilnehmen bzw. die Teilnahme wurde nicht gerne gesehen. In Diskussionsrunden wurden wir einfach übersehen. Unsere Positionen in der Gewerkschaft mussten wir über lange Jahre durch ständige Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Führungen durchsetzen. Wir wollten keine Alibifrauen sein, sondern als gleichwertig und wegen unserer Arbeit und Qualifikation anerkannt werden. Es gab dann in einzelnen Geschäftsstellen bereits Frauen als Zweite Bevollmächtigte. Aber es hat 22 Jahre gebraucht bis eine Frau Erste Bevollmächtigte wurde. Dabei sind viele männliche Kollegen, die viel kürzer in der Gewerkschaft waren, an uns vorbeigezogen.“ (IP23, geboren 1953)

Auch eine ehemalige Gewerkschafterin, die in den Führungsebenen verschiedener Einzelgewerkschaften arbeitete, betonte, wie wenig selbstverständlich die Repräsentation von Frauen in den gewerkschaftlichen Führungsstrukturen war, ganz abgesehen von Frauen, die feministische Positionen vertraten und dazuhin einen akademischen Hintergrund hatten. Letztere wurden in der Gewerkschaftswelt als Fremdkörper wahrgenommen: „Mein feministisches Leben in Baden-Württemberg begann 1980: Ich war die erste weibliche Gewerkschaftssekretärin in der kämpferischen Bezirksleitung der IG Metall neben 158 Männern. Kein leichtes Brot. Arbeitsschwerpunkte Frauen-, Technologie- und Tarifpolitik. Es war die Zeit der Kämpfe um die 35-Stunden-Woche und um die ‚Frauenförderung‘. Wir Frauen spielten im Arbeitskampf eine wichtige Rolle. Mit unserer Losung ‚[...] mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen‘ kam eine neue Melodie in den Streik und unser Rap ‚Wir wollen 5 Stunden mehr für Liebe und Verkehr‘ gefiel durchaus nicht allen Metallern. 2000 mit der ver.di-Gründung und nach einer schönen kleinen Karriere bei der IG Medien wurde ich Landesbezirksleiterin von ver.di – auch nicht ganz einfach. Frau, bekennende Feministin, Akademikerin.“ (IP24, geboren 1945)

16. Politische Aktivistinnen mit Migrationshintergrund

Nur wenige der Gesprächspartnerinnen stammten aus Familien mit Migrationshintergrund. Dies verweist auf den langen (und konfliktreichen) Weg hin zu einer Einwanderungsgesellschaft, die sich auch selbst als solche begreift. Der späte Eintritt von Frauen mit Migrationshintergrund in die Politik ist sicher der Tatsache geschuldet, dass sie ohne deutschen Pass keine politischen Partizipationsrechte und -möglichkeiten haben. Diese Problematik thematisierte eine der befragten Aktivistinnen, die 2014 in einen Integrationsrat gewählt wurde: „Was bringt eine

Kommune weiter? Wenn alle, die da wohnen, mitbestimmen dürfen oder nur diejenigen mit deutschem Pass? Ich glaube, dass auf kommunaler Ebene die Zukunft liegt. So scheint es mir ein Nachteil, dass manche Frauen weder mitentscheiden können, wer in die Gremien gewählt wird, noch dass sie selbst in diese Gremien gewählt werden können. Die Forderung sollte nicht nur lauten: ‚Mehr Frauen in die Gremien‘, sondern auch mehr Menschen in die Gremien, die die Vielfalt der Kommune widerspiegeln.“ (IP14, geboren 1976)

Auch sie thematisierte die männlich geprägte Kultur der kommunalpolitischen Gremien: „Frauen sind immer noch auf allen Ebenen benachteiligt. Auf individueller, struktureller und diskursiver Ebene. So nehmen bspw. Redebeiträge männlicher Kommunalpolitiker nicht nur mehr Raum ein, sondern werden auch mehr wahrgenommen – sei es in den Gremien selber, oder in der Öffentlichkeit. Es ist die Aufgabe der Politik diese Benachteiligungen schnellstmöglich abzuschaffen, wie beispielsweise ungleiche Löhne, mehr Frauen in Führungspositionen und mehr Frauen in der Kommunalpolitik.“

Von widersprüchlichen Erfahrungen in unterschiedlichen politischen Kontexten, in denen entweder ihr Status als (EU-)Ausländerin oder ihre Rolle als Frau im Vordergrund standen, berichtete eine CDU-Gemeinderäten mit schwedischem Hintergrund, die 1991 bis 1995 im Ausländerrat und 1999 bis 2014 im Gemeinderat tätig war: „Im Ausländerrat der Stadt Heidelberg war es eine besonders große Herausforderung, mich als Frau durchzusetzen. Das Gremium hatte nämlich viele männliche Mitglieder aus Ländern mit sehr deutlichen Rollenverteilungen zwischen Mann und Frau. Im Gemeinderat gab es mit 40 % Frauenanteil und einer Frau als Oberbürgermeisterin (bis 2006) kaum Probleme, als Frau aufzutreten. In der CDU gab es eher Schwierigkeiten, als nicht-Deutsche und als Seiteneinsteigerin zu arbeiten. Als Frau spürte ich eher Rivalitäten und Konkurrenz von anderen Frauen.“ (IP25, geboren 1952)

17. Vor welchen Aufgaben stehen junge Frauen heute?

Die Antworten auf diese Frage sind sehr breit gefächert. Sie reichen von einer sehr positiven Zustandsbeschreibung in Bezug auf das, was Frauen erreicht haben, bis hin zur Feststellung, dass sich nicht sehr viel geändert habe im Vergleich zur Zeit der eigenen politischen Arbeit in Gemeinderat oder an der Spitze der Verwaltung.

Finden wir auf der einen Seite die Aussage: „Heute wird die Gleichberechtigung gelebt, wer sich engagieren möchte, steht nur noch bedingt Ressentiments gegenüber. Frauen haben sich durchgesetzt, das sieht man in vielen Berufen“ (IP16, geboren 1928), so steht auf der anderen Seite die Einschätzung eines geringen Wandels: „Junge Frauen haben weiterhin dieselben Herausforderungen zu bewältigen, wie ich vor 15 Jahren. Politikerinnen werden weiterhin nicht so ernst genommen wie männliche Kollegen und müssen sich und ihre Argumente stärker beweisen. Frauen werden weiterhin auch in der Politik stärker auch vom Aussehen, Haltung, Sprache

beurteilt als Männer“ (IP27, geboren 1956, 2003 zur Oberbürgermeisterin gewählt). Oder: „Ich glaube nicht, dass sich das wesentlich geändert hat. Die höheren Positionen sind ja immer noch in Männerhand.“ (IP28, geboren 1928, Gemeinderätin von 1975 bis 1989)

Die meisten der Befragten betonten, dass die Herstellung von Gleichberechtigung nach wie vor auf der Tagesordnung steht, nicht nur in Bezug auf politische Teilhabe, sondern auch in ökonomischer und gesellschaftlicher Hinsicht. Deshalb sollten sich junge Frauen nicht auf dem Erreichten ausruhen: „Junge Frauen sollten nichts für selbstverständlich nehmen. Was nicht auf der gesellschaftlichen Tagesordnung bleibt und immer neue Verständigung erfordert, geht unter“ (IP11, geboren 1956). Und: „Für junge Frauen gilt es, das Errungene zu bewahren und darauf aufzubauen. Noch immer ist die Gleichberechtigung im Berufsleben nicht erreicht. Es gilt zu sehen, dass der berufliche Erfolg nicht nur von der einzelnen Frau selber abhängt, sondern mindestens ebenso von den gesellschaftlichen Gegebenheiten.“ (IP7, geboren 1945)

Viele forderten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik. Betont wurde von Einzelnen auch die Bedeutung einer guten Ausbildung und vor allem auch eigener – qualifizierter und sozialversicherungspflichtiger – Berufstätigkeit, um frauentypischer Armut im Alter zu begegnen, wozu nicht selten auch lange Phasen mit Teilzeitarbeit oder berufliche Auszeiten beitragen: „Was mir auch noch ganz wichtig ist, ist etwas, das ich jetzt als Rentnerin merke. Ich habe 27 Jahre – meist in Teilzeit – gearbeitet und müsste, wenn ich jetzt keine Witwenrente von meinem Mann hätte, mit Grundsicherung auskommen. Deshalb ist es wichtig, dass Frauen eine gute Schulbildung mit Schulabschlüssen haben, einen Beruf lernen. Und dass sie, wenn sie arbeiten, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Möglichst keine langen beruflichen Auszeiten, wenn sie Kinder haben. Nur so entgehen sie der Altersarmut.“ (IP8, geboren 1941)

Explizit abgelehnt wurde Quotierung von Frauen mit CDU-Parteibuch. Nur diejenigen, die sich als Feministinnen begriffen beziehungsweise eine frauenpolitische Agenda vertreten (haben), forderten energisch Quotierung oder Parität ein: „Schluss mit den Platzhirschen – kämpfen wir für ein neues Landtagswahlrecht!“ (IP24, geboren 1945)

18. Resümee

Unser kleines Oral-History-Projekt zeigt die Spannweite weiblicher Wege und Motivationen in die Politik. Die Zeit in den Kommunalparlamenten wurde unterschiedlich bewertet, manchmal als „gute Zeit“, manchmal als sehr problembehaftete Periode, die im Einzelfall zum Abschied aus der institutionellen Politik, nicht aber dem politischen Engagement insgesamt führen konnte. Eine gemeinsame Erfahrung der Befragten ist, dass sie in Gemeinderäten, Kreistagen, Landesparlamenten oder Gewerkschaften nicht als geschlechtslose Wesen Politik machen

(konnten), sondern dass Geschlecht in diesen Institutionen sichtbar wurde, obwohl diese geschlechtsneutral scheinen.

Es gibt auf Baden-Württemberg bezogen eine Untersuchung zur kommunalpolitischen Partizipation von Frauen am Beispiel der Stadt Ludwigsburg¹⁴. Diese Untersuchung zeigt ähnliche Ergebnisse wie unser Projekt, beispielweise in Bezug auf die Motivation zur politischen Arbeit oder in Bezug auf die Diskriminierungserfahrungen in den kommunalpolitischen Gremien. Dennoch wären weitere Untersuchungen zu den Wegen und Erfahrungen von Politikerinnen insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene wünschenswert, mit dem Ziel, die Partizipation von Frauen sichtbar zu machen, ihr Engagement in die Landesgeschichte einzuschreiben und weiblichen Erfahrungen in den demokratischen Institutionen des Landes ein Gesicht zu geben.

¹⁴ Annette HOLUSCHA, Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg, Konstanz 1999.